

Joachim Lange | Henrik Uterwedde [Hrsg.]

Frankreich und Deutschland

Yin und Yang der EU-Reform?



Nomos

 Evangelische Akademie
Loccum

Joachim Lange | Henrik Uterwedde [Hrsg.]

Frankreich und Deutschland

Yin und Yang der EU-Reform?



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6397-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-0488-5 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Vorwort	7
<i>Joachim Lange und Henrik Uterwedde</i>	

Frankreich und Deutschland nach dem Wahljahr 2017: Wirtschafts- und europapolitische Herausforderungen

Frankreich, Deutschland und die EU-Reform. Eine Hinführung <i>Joachim Lange</i>	11
Erneuerung Frankreichs – und der Europäischen Union? Macrons Politik im Härtestest <i>Henrik Uterwedde</i>	17
Deutschland nach dem Wahljahr: Sind die außenwirtschaftlichen Herausforderungen ein Thema? <i>Torsten Windels</i>	39

Frankreich und Deutschland in Europa: Wirtschaftliche Entwicklungen und wirtschaftspolitische Positionen zehn Jahre nach der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Währungsunion auf dem Prüfstand. Zehn Jahre nach Ausbruch der Krise: Welche Lehren ergeben sich für den französisch-deutschen Dialog? <i>Rémi Lallement</i>	59
Mit verschiedenen Geschwindigkeiten unterwegs: Gemeinsamkeiten und Unterschiede der deutschen und französischen Volkswirtschaften <i>Martin Hallet</i>	131

Der Finanzrahmen für eine vielgestaltige Europäische Union <i>Michael Thöne</i>	155
 <i>Welche Reformen braucht Europa?</i> <i>Impulse aus einem „Kamingespräch“</i>	
Angesichts der dramatischen globalen Herausforderungen ist ein starkes und souveränes Europa das Gebot der Stunde <i>Christian Kastrop</i>	167
Frankreich nach dem Wahljahr: Erfolgsperspektiven von Reformen mit Augenmaß? <i>Frédéric Petit</i>	173
Welche Reformen braucht Europa? Beitrag aus dem Kamingespräch der Tagung <i>Birgit Honé</i>	179
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	187

Vorwort

Joachim Lange und Henrik Uterwedde

Die EU bedarf einer Reform, um auch künftig Europa wirtschaftlich und sozial gestalten zu können. Dies haben die Schwierigkeiten bei der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich gezeigt. Viele fordern eine stärkere fiskal- und wirtschaftspolitische Abstimmung. Doch geht es nicht nur um institutionelle Veränderungen, sondern auch um deren inhaltliche Ausrichtung: Die großen Verwerfungen in der wirtschaftlichen Dynamik und die gravierenden sozialen Folgen der Krise in vielen EU-Mitgliedstaaten haben den Ruf nach einem inklusiveren Wachstum lauter werden lassen.

Frankreich und Deutschland sind nach wie vor – und mit Blick auf den Brexit, den Populismus nicht nur in Osteuropa und interne Auseinandersetzungen in Italien und Spanien vielleicht sogar mehr denn je – die wichtigsten Akteure Kerneuropas. Doch vertreten beide traditionell unterschiedliche Positionen zu o.g. Themen: Frankreich fordert seit langem eine „europäische Wirtschaftsregierung“ und plädiert für eine expansivere Fiskal- und Geldpolitik, während Deutschland Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung betont und z.B. einen Haushalt für die Eurozone lange Zeit ablehnte. Im französischen Wahlkampf spielte die deutsche Wirtschaftspolitik eine große Rolle: Wer auf dringend benötigte Reformen verwies, wurde der Anbiederung an Deutschland bezichtigt.

Nach dem Wahljahr 2017 in beiden Ländern öffnete sich ein Zeitfenster für eine neue Diskussion. Der neue französische Präsident strebte Reformen im eigenen Land an und präsentierte eine Reformagenda für die EU. In Deutschland kündigte schon der Koalitionsvertrag einen „Neuen Aufbruch für Europa“ an. Um die Möglichkeiten beider Länder, gemeinsame Reformperspektiven für Europa zu entwickeln, auszuloten, veranstaltete die Evangelische Akademie Loccum gemeinsam mit dem Deutsch-Französischen-Institut Ludwigsburg im Juni 2018 eine Tagung, die den Anstoß für die Entwicklung des vorliegenden Bandes gab. Einige Beiträge des Bandes basieren auf Vorträgen dieser Veranstaltung, andere wurden davon ausgehend entwickelt, wiederum andere bringen gänzlich neue Perspektiven in den Band ein.

Die politischen Entwicklungen seit Sommer 2018 zeigen, dass das o.g. Zeitfenster wohl noch eine Weile offen steht bzw. offen stehen muss. Viele Diskussionen sind seit her weitergeführt, erste Weichenstellungen vorgenommen worden. Weitere Diskussionen und Entscheidungen sind erforderlich. Möge der vorliegende Band diese Debatten bereichern.

Loccum und Ludwigsburg im September 2019

Frankreich und Deutschland nach dem Wahljahr 2017:
Wirtschafts- und europapolitische Herausforderungen

Frankreich, Deutschland und die EU-Reform. Eine Hinführung

Joachim Lange

„Frankreich und Deutschland: Yin und Yang der EU-Reform?“, so lautet der Titel des vorliegenden Sammelbandes. Dass die EU einer umfassenden Reform bedarf, scheint kaum erläuterungsbedürftig und unstrittig – auch wenn es erheblich Differenzen darüber gibt, was die Gründe für diesen Reformbedarf sind und in welche Richtung die Reformen gehen sollten. Diese Frage spielt in den meisten Beiträgen dieses Bandes eine Rolle, daher sollen an dieser Stelle nur einige strukturelle Gründe für diesen weithin wahrgenommenen Reformbedarf angesprochen werden:

Ein zentraler struktureller Grund ist sicherlich im Wachstum der Anzahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union selbst zu sehen: Sie erschwert nicht nur die Abstimmungsprozesse innerhalb der gewachsenen Institutionen, sie hat auch zu einer erhöhten ökonomischen und sozialen Heterogenität der Union geführt, mit der die bestehenden Instrumente, die Ausgleich und Zusammenhalt fördern sollen, überfordert scheinen. Dies gilt umso mehr, als die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten durch die wirtschaftliche Interaktion im Binnenmarkt nicht in dem erwarteten Maße in Erfüllung gegangen ist.

Gleiches wird man – zumindest bei kurz- und mittelfristiger Betrachtung – auch für die von vielen gehegten Erwartungen an die Einführung des Euro in etlichen Mitgliedstaaten der EU behaupten können. Hier ist allerdings durchaus umstritten, ob die Einführung der Währungsunion als solche viele der in den letzten Jahren zu beobachtenden Probleme verursacht hat oder ob die institutionelle Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion, die manchen Kritikern zufolge nicht in hinreichendem Maße auf ein inklusives Wachstum ausgerichtet ist, das Problem war.

Die genannten Probleme wurden vor gut zehn Jahren mit der Finanz- und Wirtschaftskrise offenbar, als die Immobilien- und Finanzkrise in den USA sich nach Europa ausdehnte und Gläubiger dazu veranlasste, ihre Risikoeinschätzungen schlagartig zu revidieren. Seither sind Reformen in der ökonomischen Governance der EU in Angriff genommen worden. Auch haben die Regierungen mancher Mitgliedstaaten Politikänderungen vollzogen, die

zuvor kaum vorstellbar schienen. Insgesamt herrscht jedoch der Eindruck vor, dass die Änderungen der ökonomischen Governance in Europa noch längst nicht ausreichen, um aktuelle oder womöglich kommende Probleme zu bewältigen.

Dass sich die Blicke auf Frankreich und Deutschland richten, wenn es um solche weiterreichenden Reformen der europäischen Governance geht, kann nicht verwundern: So hat zum einen das europäische Friedensprojekt die jahrhundertealten Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland überwunden. Zum anderen vereinigen beide Länder auch in der gewachsenen EU noch fast die Hälfte des BIP auf sich. Darüber hinaus haben Frankreich und Deutschland, die in wirtschaftspolitischen Fragen traditionell durchaus unterschiedliche Perspektiven vertreten, von denen in diesem Band noch ausführlich die Rede sein wird, in der Vergangenheit oft – gewissermaßen stellvertretend für unterschiedliche Gruppen von Mitgliedstaaten – den Weg für Kompromisse in der EU gebahnt. Allerdings hat dieses in letzter Zeit vermehrt den Widerspruch von „radikaleren“ Positionen an beiden Rändern des Spektrums der Mitgliedstaaten gefunden: Eine Gruppe von Mitgliedstaaten um die Niederlande spricht sich noch stärker als Deutschland für Ausgabendisziplin und Stabilitätsorientierung aus, während Italien Frankreich aufgrund einer vermeintlichen Annäherung an deutsche Positionen in fiskalpolitischen Fragen kritisiert. Beide Seiten haben aber keine Reformvorschläge präsentiert, die in auch nur ansatzweise mehrheitsfähig wären, und so dürfte der Schlüssel für einen Kompromiss nach wie vor in den Händen Frankreichs und Deutschlands liegen.

Insofern wurde nach dem „Superwahljahr“ 2017 in Frankreich und Deutschland mit Spannung erwartet, ob beide Länder zu einer Annäherung im Hinblick auf weitere Reformen der EU finden würden. Die Möglichkeiten einer gemeinsamen Reformperspektiven auszuloten, war denn auch Ziel der Tagung, die den Anstoß zu dem vorliegenden Band gab.

Das Ergebnis der französischen Wahlen weckte dabei Hoffnungen: Mit Emmanuel Macron wurde ein Präsident gewählt und in den nachfolgenden Parlamentswahlen auch mit einer bequemen parlamentarischen Mehrheit ausgestattet, der Reformen der strukturellen Defizite der französischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik adressierte, die von deutscher Seite schon oft angesprochen worden waren. Dabei begriff er die EU als Chance für die französische und europäische Wirtschaft und Gesellschaft. Zügig unterbreitete er nach innen wie außen weitreichende Reformvorschläge.

Auf deutscher Seite hingegen brachte die Bundestagswahl weniger klare Ergebnisse als in Frankreich: Erst im zweiten Anlauf gelang die Regierungs-

bildung im Frühjahr 2018 mit einer Neuauflage der „Großen Koalition“. Eine Antwort auf die französischen Vorschläge und die veränderte Situation in Frankreich blieb daher lange aus. Erst im Juni 2018 nahm Kanzlerin Merkel in einem Zeitungsinterview zu einigen Vorschlägen Macrons Stellung. Schon das gewählte Medium weist auf die Vorsicht hin, mit der sich die deutsche Seite zum Thema verhält. Vor dem Hintergrund des Erstarkens rechts-populistischer Positionen in Deutschland scheint die Regierung den Eindruck vermeiden zu wollen, eigene Positionen zu Gunsten einer europäischen Konsensfindung aufzugeben. Dennoch – und obwohl Deutschland auf europäischer Ebene im Sommer 2018 andere Prioritäten setzte – wurden im Laufe des Jahres erste Verständigungen bezüglich der ökonomischen Governance der EU erzielt. Die Ergebnisse führten in Frankreich zwar zu einer Diskussion, ob das Glas einviertel voll oder dreiviertel leer ist, doch die französische Regierung vertritt – nolens volens – die erstgenannte Perspektive – da sie die schwierige Situation der deutschen Regierung versteht und darauf hofft, dass weitere Schritte mittelfristig folgen können. Die Frage, wie solche weiteren Schritte aussehen und welche Rolle Frankreich und Deutschland hierbei spielen könnten, hat also von Ihrer Aktualität nichts verloren, im Gegenteil: Angesichts wachsender Unsicherheit, z.B. bzgl. des Vereinigten Königreichs, Italiens und des Welthandels, ist eine verbesserte Krisenreaktionsfähigkeit der EU womöglich noch dringlicher geworden. Der vorliegende Band will Anregungen für die Diskussion dieser Frage geben.

Er beginnt in seinem ersten Kapitel mit je einem Blick auf die Situation in Frankreich und in Deutschland nach dem Wahljahr: Der Beitrag von *Uterwedde* nimmt dabei zunächst die politischen Veränderungen und die wirtschaftliche Reformpolitik in ihrer Breite in den Blick, um von dort ausgehend die Vorschläge des französischen Präsident zur Reform der EU, die deutsche Reaktion darauf und die Perspektiven der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu betrachten. Der Beitrag von *Windels* befasst sich mit der Frage, ob und inwiefern sich die deutsche Politik nach dem Wahljahr mit dem deutschen Leistungsbilanzüberschuss beschäftigt, der aus der Perspektive Frankreichs, aber auch der USA, ebenso wie vieler internationaler Organisationen ein erhebliches Problem für die internationale Makroökonomie und die Stabilität der EWWU und der EU darstellt und – auch aus Sicht inländischer Kritiker – die ökonomische und soziale Entwicklung in Deutschland selbst hemmt. Mit dieser Betrachtung leitet er über zum zweiten Kapitel und dem Beitrag von *Lallement*, der auch im deutschen Leistungsbilanzüberschuss einen wichtigen Gegenstand der französisch-deutschen Debatte sieht. Um die ihm gestellte Frage nach den

Lehren der Finanz- und Wirtschaftskrise für den französisch-deutschen Dialog zu beantworten, stellt er zunächst die unterschiedlichen Wachstumsmodelle Frankreichs und Deutschlands gegenüber und skizziert dabei auch die in beiden Ländern vorherrschenden ökonomischen Erklärungsansätze. Diese haben erhebliche Auswirkungen auf die verschiedenen Analysen der Reformbedarfe in der EU und in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die beide Länder zu unterschiedlichen Reformvorschlägen führen. Lallement weist aber darauf hin, dass die beiden Sichtweisen durchaus komplementär sein und daher in einer Reformstrategie vereint werden könnten. Die Unterschiede zwischen der deutschen und der französischen Volkswirtschaft sind auch Gegenstand des Beitrags von *Hallet*, der die Analyse von Lallement aus einer anderen Perspektive gut ergänzt. Er endet mit Politikempfehlungen für beide Länder und die Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Wirtschafts- und Währungsunion. Reformen für Europa und seine Wirtschaftspolitik sind natürlich auch eng mit den Finanzen der EU verbunden, denen der Beitrag von *Thöne* nachgeht. Er beleuchtet den Stand der Debatte und die unterschiedlichen Positionen, nicht ohne dabei auf die politischen Risiken und Herausforderungen einzugehen, vor denen die EU zurzeit steht.

Damit leitet er zum dritten Kapitel des Bandes über, das Impulse aus einem „Kamingespräch“ der Tagung zur Frage nach den Reformnotwendigkeiten und –perspektiven wiedergibt. *Kastrop* schildert diesen Reformbedarf in knappen, deutlichen Worten, indem er als Vergleich die Apollo 13 Mission heranzieht. Immerhin weckt dies die Hoffnung auf ein „Happy End“. Ein solches hält auch der Beitrag von *Petit* aus Sicht eines Abgeordneten der französischen Nationalversammlung für möglich – und zwar sowohl hinsichtlich der Reformbemühungen in Frankreich, als auch derjenigen für die EU. Er geht aber auch auf die gesellschaftlichen Widerstände und Kontroversen, die diese Reformbemühungen ausgelöst haben, ein. Die Sicht einer Europaministerin eines deutschen Bundeslandes bringt der Beitrag von *Honé* zum Ausdruck. Darin wird u.a. auf die späte und nur partielle Antwort Deutschlands auf die Reformvorschläge Präsident Macrons eingegangen und verdeutlicht, dass die Regionen in der Europäischen Union durchaus eine eigenständige Perspektive auf manche im politischen Raum stehende Forderungen haben können. Auch diese Fragen werden in den kommenden Debatten um den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU eine wichtige Rolle spielen.

Ohnehin ist davon auszugehen, dass die Debatten um die verschiedenen Reformbaustellen der EU und der EWWU noch eine ganze Weile anhalten

werden: Zwar wurden die Hoffnungen, dass sich Frankreich und Deutschland nach den Wahlen im Jahr 2017 schlagartig auf eine Reformagenda einigen werden, enttäuscht, doch wurden in vielen Bereichen die Diskussionen aufgenommen und erste Ansätze mit Entwicklungspotenzial vereinbart. Etliche dieser Bereiche und Ansätze werden in den Beiträgen des Bandes angesprochen. Sie werden noch eine Weile auf der Tagesordnung bleiben. Insofern ist zu wünschen, dass die Beiträge des Bandes die kommenden Debatten beflügeln. Die Unterschiedlichkeit Frankreichs und Deutschlands macht eine Einigung zwar nicht leichter, doch sind es vielleicht gerade diese Unterschiede, die – wie es die Metapher des Yin und Yang verdeutlicht – die gemeinsame Reformvorschläge in die richtige Balance bringen können.

Erneuerung Frankreichs – und der Europäischen Union? Macrons Politik im Härtetest

Henrik Uterwedde

Die Wahl Emmanuel Macrons zum neuen französischen Präsidenten am 4. Mai 2017 ist auch in Deutschland mit großer Erleichterung aufgenommen worden. Denn der krisenhafte Zustand des Landes, der nahezu alle Bereiche des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens erfasst hatte, und der damit einhergehende Auftrieb für populistische und extremistische Bewegungen auf der Linken wie der Rechten hatte im Vorfeld der Wahlen schlimmste Befürchtungen geweckt. Es kam anders: Der siegreiche Präsident hat mit seiner Reformpolitik viele zentrale Strukturprobleme angepackt und in einem raschen Tempo Veränderungen herbeigeführt. Damit hat er die Voraussetzungen geschaffen, Frankreich politisch und wirtschaftlich aus der Krise zu führen, trotz mancher ungelöster Probleme (1.).

Der Reformkurs im Inneren sollte auch die verloren gegangene Glaubwürdigkeit Frankreichs in der EU wiederherstellen. Nur dadurch konnte Macron seinen ehrgeizigen Plänen für eine Reform und Stärkung der Union politisches Gewicht und die notwendige Überzeugungskraft verleihen. Ein eigenes Budget für die Eurozone, ein Eurozonen-Finanzminister, neue Kompetenzen im Grenzschutz und der Sicherheitspolitik: Macrons Vorstellungen wollen die Kompetenzen und die Handlungsfähigkeit der EU stärken. Dabei stehen sie weitgehend in der Kontinuität der tradierten französischen Europapolitik (2.).

Die deutschen Reaktionen auf die Vorschläge waren verhalten bis kritisch. Die Neubelebung des deutsch-französischen Tandems als Impulsgeber der EU, die vielfach nach den Wahlen in Frankreich und Deutschland erhofft worden war, ist bislang ausgeblieben – wegen der anhaltenden innenpolitischen Kontroversen der „großen“ Koalition, aber auch aufgrund weiter bestehender inhaltlicher deutsch-französischer Divergenzen. So muss offen bleiben, ob und auf welchen Politikfeldern Fortschritte erzielt werden können (3.).

Die Schwierigkeiten sind ein guter Anlass, die Funktionsbedingungen, Möglichkeiten und Grenzen der deutsch-französischen Führungskraft in Eu-

ropa grundsätzlich zu beleuchten. Gemeinsame Initiativen werden nicht in erster Linie durch mangelnden politischen Willen der Regierungen verhindert, sondern durch zentrifugale Kräfte innerhalb der EU und wachsenden innenpolitischen Druck auf die Europapolitik (4.).

1. *Eine entschlossene Reformpolitik*

Seit Beginn des Jahrtausends hatte Frankreichs Wirtschaft mit wachsenden Problemen zu kämpfen, hinter denen sich strukturelle Defizite verbargen, die die Politik entweder nicht oder nur halbherzig angegangen war. Frankreich galt als das Land der permanenten Reformblockaden. Dabei hat das Land in den vergangenen drei Jahrzehnten einen bemerkenswerten, wenngleich partiellen Wandel der Strukturen und auch der Politik verzeichnet; dieser war aber von den jeweils politisch Handelnden nur selten offen angesprochen und begründet worden, sondern oft nur verschämt und mit schlechtem Gewissen realisiert worden. Das Auseinanderfallen zwischen einer Politik der Strukturanpassungen und Diskursen, die am tradierten etatistischen „französischen Modell“ festhielten, verhinderte einen wirklichen, von Bürgern und Gesellschaft angenommenen Paradigmenwandel (Schild/Uterwedde 2009). Mit Emmanuel Macron trat nun erstmals ein junger Politiker an die Spitze des Staates, der im Wahlkampf die Strukturdefizite offen benannt und den Mut aufgebracht hatte, daraus klare Konsequenzen zu ziehen. Macron trat mit einem umfassenden Programm weit gehender, auch unpopulärer Strukturreformen an, und er machte deutlich, dass er – anders als seine Vorgänger – gewillt war, die als notwendig erachteten Strukturveränderungen auch gegen politische Widerstände durchzusetzen und damit dem Reformstau ein Ende zu setzen. Nach Jahren der Zaghaf- und Halbherzigkeit bewies er gleich zu Beginn seiner Amtszeit, dass er – anders als seine Vorgänger – zu schnellem und konsequentem Handeln entschlossen war.

1.1 Eine angebotspolitische Reformagenda

Kern seiner Strategie ist eine Angebotspolitik, die die zahlreichen ökonomischen Strukturprobleme überwinden und die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft grundlegend verbessern will. Dazu gehört erstens eine Entlastung der Unternehmen bei Steuern und Sozialabgaben:

In Fortführung der Politik seines Vorgängers François Hollande verankerte er dessen Steuer- und Abgabensenkungen durch eine dauerhafte Absenkung der Sozialabgaben sowie durch eine Senkung der Unternehmenssteuer von 33 Prozent auf 25 Prozent. Zweitens enthält der im Sommer 2018 eingebrachte Aktionsplan für Wachstum und Transformation der Unternehmen (PACTE) eine Reihe regulatorischer Verbesserungen für die Unternehmen, etwa im Bereich der Schwelleneffekte, die den Unternehmen bisher ab einer bestimmten Beschäftigtenzahl übergangslos neue finanzielle und bürokratische Lasten auferlegen (*Cette* 2018, *MEF* 2018). Vor allem aber will drittens die 2017 auf dem Verordnungsweg durchgesetzte, politisch sehr umstrittene Reform des Arbeitsmarktes, an der sich früher schon viele Amtsinhaber die Zähne ausgebissen haben, den Unternehmen mehr Flexibilität in ihrer Personalpolitik ermöglichen. Die oft langwierigen, kostspieligen Prozeduren der Arbeitsgerichtsprozesse nach Kündigungen werden vereinfacht und gesetzliche Obergrenzen für die fälligen Entschädigungszahlungen an entlassene Arbeitnehmer festgelegt, was vor allem den mittelständischen Unternehmen mehr Planungssicherheit bringt. Der Abschluss von Unternehmensvereinbarungen wird erleichtert, auch wenn sie in bestimmten Fällen von den Branchenverträgen abweichen. Arbeitgeber können künftig Vereinbarungen mit einer Minderheitsgewerkschaft allen Beschäftigten zur Abstimmung vorlegen. Ferner werden die unterschiedlichen Gremien der Arbeitnehmervertreter in den Unternehmen zusammengelegt.

Flankierend zu dieser Angebotspolitik sind viertens die Veränderungen der Arbeitsmarktpolitik zu sehen, die bereits beschlossen oder in Vorbereitung sind. Die berufliche Qualifizierung erhält eine neue Priorität. Sofortmaßnahmen zur beruflichen Qualifizierung für Arbeitslose (ein 15-Milliarden-Programm für die kommenden fünf Jahre) sollen helfen, eine Million Langzeitarbeitslose und eine Million jugendlicher Schulabbrecher über Qualifikationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Daneben ist geplant, die Rechte der Arbeitnehmer auf berufliche Fortbildung zu stärken und eine gründliche Reform des Systems der beruflichen Ausbildung vorzunehmen, die auch der – in Frankreich wenig attraktiven – dualen Lehrlingsausbildung einen stärkeren Stellenwert gibt. Dies berührt einen neuralgischen Punkt des bisherigen Systems: Für Schulabgänger existieren hohe Barrieren, die ihre erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt behindern, mit der Folge einer notorisch hohen Jugendarbeitslosigkeit. Ziel ist die Ausweitung dualer, d.h. alternierend in Schulen und Firmen realisierter Lehrlingsausbildungen. Die derzeit in Vorbereitung befindliche, mit den Sozialpartnern diskutierte Reform der Arbeitslosenversicherung soll Anrei-